

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1880

134 (8.6.1880)

Dienstag, 8. Juni 1880.

Deutschland.

Leipzig, 5. Juni. (Aus der Rechtsprechung des Reichsgerichts.) Eine Gemeinde hatte die Herstellung eines großen Wasserwerks um eine Gesamtsumme an einen Unternehmer vergeben, sich aber im Vertrage bedungen, daß die Zahlung erst erfolge, nachdem vom städtischen Bauamte das vollendete Werk geprüft und gut befunden worden ist. Diese Revision hat sich um ein Jahr nach Uebergabe des Wasserwerks verzögert, und so entstand die Frage, ob die von der Gemeinde gegen die Klage auf Zahlung eines Restes des Preises eingewendete Schuldverjährung begründet sei. Das Oberlandesgericht hat zu Gunsten der Gemeinde entschieden, indem es die Verjährungszeit von dem Moment der Uebergabe des Werks rechnet, während das Reichsgericht jenes Urtheil aufgehoben hat, weil durch jene Vertragsklausel die Forderung zu einer betagten geworden sei, deshalb aber die Verjährung erst habe beginnen können, als die Revision des Wasserwerks beendet und die Forderung des Unternehmers fällig geworden war.

Wegen fortgesetzter Hinterziehung der Wahlsteuer war ein Mühlenbesitzer in einer norddeutschen Stadt zu einer Geldstrafe von 379,960 M. 49 Pf. verurtheilt worden und hat dagegen die Revision wegen Gesetzesverletzung ausgeführt. Nach den Bestimmungen des Reichs-Strafgesetzbuchs wäre nämlich der größte Theil der Hinterziehungen verjährt gewesen, aber das Steuergesetz des betreffenden Bundesstaates enthielt abweichende Vorschriften, welche die Verjährung ausschloßen. Das Reichsgericht hat die Revision verworfen, indem es die landesgesetzlichen Bestimmungen um deswillen für maßgebend erklärte, weil nach § 2 des Einführungsgesetzes zum Reichs-Strafgesetzbuch insbesondere auch für Steuerdelikte den Bundesstaaten gestattet ist, das Strafgesetzbuch abzuändern, und dies sich auf alte und neue Landesgesetze sowie auf die Verjährung erstreckt.

Die Revision war darauf begründet, daß ein Geschworener, nachdem sein Name aus der Urne gezogen und er angenommen war, erklärt hatte, daß er weder lesen noch schreiben könne. Der Beschwerdeführer hielt einen solchen Geschworenen für unfähig und bezog sich auf den § 304 Reichs-Strafprozeß-Ordnung, welcher vorschreibt, daß die Geschworenen ihren Obmann mittelst schriftlicher Abstimmung wählen. Da dies Gesetz (§ 85 mit §§ 32 flg. Gerichtsverfassung) die Unkenntniß des Lesens und Schreibens nicht als Grund der Unfähigkeit eines Geschworenen erklärte, ist die Revision verworfen worden.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 7. Juni. Der Vollzug des Reichs-gesetzes über die Besteuerung des Tabaks vom 16. Juli 1879 wird demnächst praktisch werden und glauben wir daher den inländischen Tabakpflanzern einen Dienst zu erweisen, wenn wir denselben diejenigen Bestimmungen des Gesetzes, welche in nächster Zeit besondere Bedeutung beanspruchen, noch einmal in das Gedächtniß rufen.

I. Vorschriften, welche sich auf die Zeit vom Beginn des Tabakbaues bis zur Ernte beziehen.

1) Die Tabakpflanzern haben die von ihnen mit Tabak bepflanzten Grundstücke einzeln nach Lage und Größe längstens bis zum Ablauf des 15. Juli d. J. bei der Orts-Steuerbehörde mittelst Ausfüllung der vorgeschriebenen und von ersteren unentgeltlich zu beziehenden Formulare anzumelden. Die Anmeldung der Pflanzschulen (Kutschern) ist im Gesetz nicht ausdrücklich vorgeschrieben worden, in der Voraussetzung, daß bis zum 15. Juli das Verfehlen durchweg beendet ist und somit die Pflanzschulen zu dieser Zeit nicht mehr vorhanden sind. Wo diese Voraussetzung nicht zutrifft, müssen in die Anmeldung selbstverständlich auch die Pflanzschulen aufgenommen werden. Wer ein mit Tabak bepflanztes Grundstück nicht rechtzeitig anmeldet, unterliegt der Defraudationsstrafe, d. h. einer Geldstrafe im vierfachen Betrag der auf dem Tabakgrundstück lastenden Tabaksteuer; wer bei der Anmeldung die Größe des Grundstücks gar nicht oder dergestalt unrichtig angibt, daß das verschwiegene Flächenmaß bei Grundstücken von 20—40 Ar Fläche zwei Ar, bei kleineren Grundstücken den zehnten und bei Grundstücken von mehr als 40 Ar den zwanzigsten Theil der Fläche übersteigt, wird mit einer Ordnungstrafe (bis zu 150 M.) belegt.

2) Die erst nach dem 15. Juli bepflanzten Grundstücke müssen spätestens am dritten Tag nach dem Beginn der Pflanzung in der vorstehend bezeichneten Weise angemeldet werden.

3) Tritt nach der Anmeldung und vor Beendigung der Ernte ein Wechsel in der Person des Inhabers des Grundstücks ein, so ist von dieser Veränderung binnen drei Tagen nach deren Eintritt der Orts-Steuerbehörde eine schriftliche Anzeige zu machen, welche von dem neuen Inhaber und im Fall der freiwilligen Veräußerung auch von dem bisherigen Inhaber zu unterzeichnen ist. Verfehlungen hiegegen werden mit Ordnungstrafen geahndet.

4) Die Anlage der Tabakpflanzungen muß in der im Gesetz vorgeschriebenen Weise erfolgen. Insbesondere ist darauf zu sehen,

a. daß die Pflanzungen in geraden Reihen mit gleichen Abständen der einzelnen Pflanzen von einander innerhalb der Reihen und mit gleichen oder gleichmäßig wiederkehrenden Abständen der Reihen von einander angelegt werden. Das verschränkte Setzen der Pflanzen ist sonach ebenso gestattet wie das Setzen der Pflanzen in Quadrat- oder Rechteckform;

b. daß der Tabak nicht mit anderen Bodengewächsen gemischt gebaut wird. Der Nachbau anderer Gewächse auf einem Tabakgrundstück ist nur bei gänzlichem Ausfall der Tabakpflanzen und nur dann gestattet, wenn das Grundstück mindestens 4 Quadratmeter Flächeninhalt aufweist.

Bei Umgehung obiger Vorschriften können Ordnungsstrafen ausgesprochen, die Beobachtung derselben auch durch Androhung und Einziehung von erektivischen Geldstrafen bis zu 300 M. erzwungen und das zur Erledigung Nöthige auf Kosten des Säumigen beschafft werden.

5) Auch in der Behandlung der Tabakpflanzen auf dem Feld ist der Pflanzern an bestimmte Vorschriften gebunden. Hier ist zu beachten:

a. Die Feststellung der muthmaßlichen Erntedurch die Steuerbehörde zum Zwecke der Steuerberechnung setzt voraus, daß das Kisten und das Ausweisen der Tabakpflanzen bis zu einem gewissen Zeitpunkt völlig beendet ist. Dieser Zeitpunkt wird ortsweise durch die Steuerbehörde bekannt gemacht und muß bei Strafvermeidung (siehe das zu Ziffer 3 am Schluß Gesagte) eingehalten werden. Eine Verlängerung dieser Frist kann ausnahmsweise auf Ansuchen durch die Steuerbehörde, aber nur dann bewilligt werden, wenn die Feststellung der steuerpflichtigen Tabakernte auf die Gewichtsmenge gerichtet gewesen ist, während eine Verlängerung unthunlich ist, wenn jene Feststellung die Blätterzahl zum Gegenstand hat. Solche Gesuche haben selbstredend nur dann Aussicht auf Genehmigung, wenn ein besonderes Bedürfnis für eine Fristverlängerung, z. B. zum Zweck des Samenzeichens nachgewiesen werden kann.

b. Alle vor der Ernte entstehenden Abfälle (Spindeln, Geize, misrathene Pflanzen u. s. w.) sind auf dem Feld nach Maßgabe der von der Steuerbehörde näher ergehenden Anweisungen sofort zu vernichten. Auf Zuwiderhandlungen stehen Ordnungsstrafen.

c. Will der Tabakpflanzern das Tabakfeld vor der Ernte wegen Mißwachses oder aus anderen Gründen umflügen, so ist hiervon — bei Strafvermeidung — der Steuerbehörde zuvor Anzeige zu erstatten.

6) Die Feststellung der steuerpflichtigen Tabaksmengen findet vor dem Beginn der Ernte durch die Steuerbehörde zu bestimmten Terminen statt, welche die ersten den Gemeindebehörden und diese den Tabakpflanzern bekannt zu geben hat. Die Feststellung erfolgt entweder nach der Blätterzahl oder nach dem Gewicht und steht die Entscheidung darüber, ob das eine oder andere Verfahren Platz zu greifen hat, der Steuerbehörde (Hauptsteueramt) zu. Das Blattzählverfahren soll, weil bei ihm genauere Resultate erzielt werden, im Allgemeinen die Regel bilden. Die Ermittlung der Blätterzahl erfolgt unter Zugrundelegung eines Gemeindebeamten durch Steuerbeamte, die Gewichtsabschätzung dagegen durch eine Schätzungscommission, die aus einem Steuerbeamten, einem von der Gemeindebehörde und einem von der Steuerbehörde ernannten Sachverständigen besteht. Das Ergebnis der Festsetzungen muß den Pflanzern zur Kenntniß gebracht werden. Gegen die Festsetzungen steht den Pflanzern ein Einspruchsrecht zu, welches innerhalb einer Frist von drei Tagen nach erfolgter Bekanntgabe geltend gemacht werden muß. Ueber den Einspruch entscheidet eine aus einem Steuerbeamten und zwei vereideten Sachverständigen bestehende Commission. Wird der Einspruch unbegründet befunden, so können dem Tabakpflanzern die durch die Untersuchung und Entscheidung entstandenen Kosten ganz oder theilweise zur Last gelegt werden.

An Stelle der Festsetzung der Blätterzahl durch die Steuerbehörde oder der Gewichtsabschätzung durch eine Schätzungscommission kann eine Selbst einschätzung der Pflanzern treten. Die Steuerbehörde bestimmt, bei welchen Pflanzern von dieser Festsetzung Gebrauch gemacht werden und ob hiebei die Selbst einschätzung die Blätterzahl oder die Gewichtsmenge zum Gegenstand haben soll. Die Pflanzern haben zu dem Ende unter Verwendung eines vorgeschriebenen Formulars eine Deklaration einzureichen, welche der Prüfung der Steuerbehörde beziehungsweise einer Schätzungscommission unterliegt. Gibt diese Prüfung zu Beanstandungen Anlaß, so tritt die Festsetzung der steuerpflichtigen Tabaksmengen von Amtswegen, und zwar in der oben angegebenen Weise ein. (Fortsetzung folgt.)

Mannheim, 5. Juni. Vorgestern ist hier ein Verein in das Leben getreten, der in jeder Richtung freudig begrüßt werden muß; er bezweckt den Schutz gegen schädliches Creditgeben, das leider in Deutschland in der bedenklichsten Weise gang und läbe ist. Der neue Creditreform-Verein hat es sich zur Aufgabe gestellt, durch gegenseitige vertrauliche Mittheilungen seine Mitglieder vor Verlust zu schützen, durch allgemeine Abkürzung und Fixirung der Vorfristen im Detailverkehr ein gesundes Geschäftsprincip anzubahnen und den Detailisten seinen Lieferanten gegenüber zahlungsfähiger zu machen, endlich durch Verbindung mit gleichartigen Vereinen eine erschöpfende Auskunftsertheilung herbeizuführen. — Das neue Theatercomité erfreut sich allgemeiner Zustimmung der Einwohnerschaft, man erwartet einen neuen Aufschwung des Kunstsinns und hofft, daß durch Anstellung eines tüchtigen und vielseitigeren ersten Kapellmeisters auch ein befriedigendes Opern-Repertoire zu Tage treten werde. Hr. Maschinen Bram soll, wie gerüchelt wird, seine Entlassung eingereicht haben. Hr. Julius Neumann vom Stadttheater in Königsberg gastirte als Orpheus und Wallenstein auf Engagement, es wäre wünschenswert und steht in Aussicht, daß der tüchtige Feldenvater für das hiesige Institut gewonnen würde.

Aus Baden, 7. Juni. Da die Pfarrrath der evang.-prot. Landeskirche gegenwärtig öfters besprochen wird und wahrscheinlich auch in den bevorstehenden Diözesanynoden einen Gegenstand der Verhandlungen bilden, so dürften folgende statistische Notizen darüber nicht ohne Interesse sein. Die evang.

gelische Landeskirche zählt in 24 Diözesen 378 Pfarreien, von denen im Fall der Erledigung 296 durch Wahl von Seiten der Gemeinden und 82 durch Präsentation von Seiten der Patronatsherren besetzt werden. Im Laufe von 18 Jahren (seit 1862) haben 228 Gemeinden gedachtes Wahlrecht ausgeübt, und zwar 164 einmal, 54 zweimal, 7 dreimal, 2 viermal und 1 (Brechtthal) sogar fünfmal. Es haben somit im Ganzen 306 Pfarrenwahlen stattgefunden; im Jahr durchschnittlich 16. Was die gewählten Pfarrer betrifft, so sind 221 einmal, 36 zweimal, 3 dreimal und Einer viermal gewählt worden. Von diesen 261 Pfarrern sind 36 durch Ableben, Ruhestand oder Verzicht nicht mehr auf ihren Stellen. Unter den 97 nicht gewählten Pfarrern befinden sich 59 auf Patronatsstellen; die übrigen 38 sind schon vor Einführung der Pfarrrwahl auf ihre dermaligen Stellen ernannt worden. Unbesetzt sind zur Zeit 56 Pfarreien und besetzt 322. Nicht definitiv angestellte Geistliche gibt es 50, nämlich 8 Pastorationsgeistliche, 28 Pfarrverweiser und 14 Vikare.

Wie die „L. Z.“ meldet, hat die kaiserliche Tabakmanufaktur in Straßburg nicht nur eine Filiale in unserem Lande (Friesenheim) gegründet, sondern sie bietet auch ihre Erzeugnisse wieder zu verkaufen und sogar Privatleuten an. Jeder Private kann nunmehr 1 Kilo Tabak oder 250 Cigarren, auf Wunsch aus mehreren Sorten zusammengesetzt, direkt von der Manufaktur beziehen. Der gedruckte Begleitbrief, mit welchem die Direction der Manufaktur ihr Preisverzeichnis an Privatleute versendet, ist interessant und gibt zu denken.

Bekanntermaßen, schreibt der „Oberb. Anzeiger“, fiel die 1879er Weinernte ziemlich schlecht aus und war die Güte des erzeugten Weines ziemlich schlecht bis schlecht, dessen Menge geradezu schlecht. Der Hektar Reben ergab ein Durchschnittsertragniß: 1875 von 131 Hektoliter, 1876 von 49 Hektol., 1877 von 35 Hektol., 1878 von 69 Hektol., 1879 von 19 Hektol. Im ganzen Amtsbezirk Müllheim wuchs Wein: 1875 125,113 Hektol., 1876 46,469 Hektol., 1877 33,775 Hektol., 1878 66,100 Hektol., 1879 21,148 Hektol. Der Geldwerth des Weinherbstes berechnet sich: 1875 auf 3,002,712 M., 1876 auf 1,487,008 M., 1877 auf 1,013,250 M., 1878 auf 1,850,800 M., 1879 auf 676,736 M.; so daß es auf den Kopf der Bevölkerung trifft: 1875 135 M., 1876 67 M., 1877 45 M., 1878 84 M. und 1879 31 M. Durch den Hagelschlag am 29. Juni v. J. wurden die Gemartungen Auggen, Neuenburg und Steinhardt ziemlich stark, die Gemartungen Hügelsheim, Lipburg und Bögisheim nur ziemlich schwach in einer Gesamtfläche von 2200 Hektaren getroffen. Der Geldwerth des Schadens berechnet sich im Ganzen auf 117,200 M.

Sonntag den 6. d. M. wurde die Oberländer Gau-Gewerbeausstellung in Schopfheim eröffnet. An derselben betheiligen sich die Aemter Wadbadt, Säckingen, St. Blasien, Schopfheim, Schönau, Lörrach und Müllheim. Sie umfaßt in 16 Gruppen die bei allen derartigen Ausstellungen vorhandenen gewerblichen und industriellen Erzeugnisse. Samstag den 12. d. M. wird der Gau-Verbandsstag der Gewerbevereine abgehalten werden. Seine Königliche Hoheit der Großherzog hat die Möglichkeit seines Besuchs in Aussicht gestellt.

Mit der Ausstellung wird eine Lotterie verbunden (10,000 Loose zu 1 Mark, 7500 Mark Gewinne). Ziehung Montag den 21. Juni.

Vermischte Nachrichten.

Burgsteinfurt, 25. Mai. Ein seltenes Unglück ereignete sich am 22. d. in der Wohnung einer hiesigen Arbeiterfamilie. Die Eltern, welche zur Arbeit ausgegangen waren, hatten ihr noch nicht volle zwei Jahre altes Kind in der Wiege schlafend allein zurückgelassen. Die Mutter, welche sich nur für eine halbe Stunde entfernen wollte, war der Ansicht, in einer so kurzen Zeit könne doch wohl dem Kinde nichts Uebles zustossen; sie sollte indeß für diese Unvorsichtigkeit sehr hart bestraft werden! Nach einer halbstündigen Abwesenheit nach ihrer Wohnung zurückgekehrt, fand sie ihr Kind in der schrecklichsten Weise entstellt vor. Die genauere Befichtigung der Verletzungen gab bald Aufschluß über ihre Entstehung. Die linke Hand, der linke Unterarm waren durch ganz frische, noch blutende Bißwunden entstellt. Die Gelenkverbindung des kleinen Fingers mit der Handfläche, ja, selbst der mittlere Knochen des linken Mittelfingers waren durchgebissen. Das Fleisch, die Sehnen, Blutgefäße und Nerven am Kleinfingerende waren zerhackt, als wenn sie mit einem feinen Meißel angehauen gewesen wären. Ratten waren in der Abwesenheit der Mutter über das schlafende Kind hergefallen, hatten es in ihrer Eier in der beschriebenen Weise entstellt und ihm diese schreckliche Verletzung beigebracht, an deren Folgen dasselbe nach Verlauf von 6 Stunden starb.

Literatur-Anzeige.

* Das soeben ausgegebene Heft VI, Jahrg. 1880, des im Selbstverlage des Lette-Vereins in Berlin erscheinenden, von Jenny Hirsch herausgegebenen Deutschen Frauenanwalts hat den folgenden Inhalt: „Die Frauen in der christlichen Gesellschaft.“ Von Anna Simson. — „Kalifornien im Sommer 1879.“ Von Woldemar Schleiden aus der literarischen Beilage der „Karlsruher Zeitung“. — „Vereinsberichte und briefliche Mittheilungen.“ Der Besuch der Frau Kronprinzessin im Institut der Frau Salis-Schwabe zu Neapel. — Generalversammlung des Sanitätsvereins für Lehrerinnen und Erzieherinnen. — Poliklinik für Frauenbildungs-Verein in Kassel. — Schwäbischer Frauenverein. — „Bücherchau.“ — „Chronik.“

Verantwortlicher Redakteur:
Heinrich Goll in Karlsruhe.

Frankfurter Kurse vom 5. Juni 1880. (Telegr. Kurs siehe Hauptblatt.)

Table with columns for Staatspapiere in Prozenten, unverzinsliche, p. St. i. M., and Eisenbahn-Aktien in Proz.

Table with columns for Eisenbahn-Aktien in Proz., Eisenbahn-Prioritäten, and Eisenbahn-Prioritäten in Prozenten.

Wien, 5. Juni. Weizen loco hiesiger 25.—, loco fremder 26.—, per Juli 22.75, per Novbr. 20.35.

Bremen, 5. Juni. Petroleum. (Schlussbericht.) Standard white loco 7.50, per Juli 7.55.

Paris, 5. Juni. Rüböl per Juni 78.—, per Juli 78.25, per Sept. 78.50.

Antwerpen, 5. Juni. Petroleum-Markt. Schlussbericht. Stimmung: Haufe. Raffinirtes Typo weiß, disponibel 18 1/2 b.

Bremen, 4. Juni. (Per transatlantischen Telegraph.) Der Postdampfer „Ohio“.

Bremen, 5. Juni. (Per transatlantischen Telegraph.) Der Postdampfer „Hohenhausen“.

Der Postdampfer „Dder“, Kapitän C. Leiff, von Nordb. Lloyd in Bremen.

Der Postdampfer „Dder“, Kapitän C. Leiff, von Nordb. Lloyd in Bremen.

Der Postdampfer „Dder“, Kapitän C. Leiff, von Nordb. Lloyd in Bremen.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

Table with columns for Juni, Barometer, Thermometer, Wind, Himmel, Bemerkung.

Gandel und Verkehr. Handelsberichte.

D. Frankfurt a. M., 5. Juni. (Börse vom 29. Mai bis 4. Juni.) Trotz vieler günstiger Momente hat die Haufpartei in der Börse keine bemerkenswerten Vortheile zu erzielen vermocht.

Kreditaktien bewegten sich zwischen 239 1/2—237 1/2—238 1/2—236 1/2.

—237 1/2—236 1/2—237 1/2—239 und 238. Staatsbahn-Aktien variierten à 238 1/2—236 1/2—237—238 1/2 und 237 1/2.

Berlin, 5. Juni. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen per Juni 22.25.

per Juni 22.25, per Juli 22.50, per September-Oktober 20.2.—, Roggen per Juni 18.75.

Bürgerliche Rechtspflege. Öffentliche Zustellungen.

B. 748.1. Nr. 14.216. Freiburg. Bäckermeister Mathias Maier von Wolfenweiler klagt gegen den ledigen Bäcker Johann Jakob Kuchlin von Wolfenweiler.

B. 735.1. Konstanz. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Jakob Kreidolf, Inhaber der Firma Kreidolf-Herzog.

B. 691.2. Heidelberg. Der königl. preussische Oberst Fischer zu Brandenburg.

B. 705.1. Nr. 6091. Breisach. Franz Jakob Schiele, Landwirth von Reichlinbergen.

B. 705.1. Nr. 6091. Breisach. Franz Jakob Schiele, Landwirth von Reichlinbergen.

B. 705.1. Nr. 6091. Breisach. Franz Jakob Schiele, Landwirth von Reichlinbergen.

B. 705.1. Nr. 6091. Breisach. Franz Jakob Schiele, Landwirth von Reichlinbergen.

B. 705.1. Nr. 6091. Breisach. Franz Jakob Schiele, Landwirth von Reichlinbergen.

B. 705.1. Nr. 6091. Breisach. Franz Jakob Schiele, Landwirth von Reichlinbergen.

an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt.

B. 733. Karlsruhe. Ueber den Nachlass des Schuhmachers Pp. Wilh. Zimmermann in Graben.

B. 741. Nr. 14.560. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhmachers Wilhelm Merklin.

B. 741. Nr. 14.560. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhmachers Wilhelm Merklin.

B. 741. Nr. 14.560. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhmachers Wilhelm Merklin.

B. 741. Nr. 14.560. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhmachers Wilhelm Merklin.

B. 741. Nr. 14.560. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhmachers Wilhelm Merklin.

B. 741. Nr. 14.560. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhmachers Wilhelm Merklin.

B. 741. Nr. 14.560. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhmachers Wilhelm Merklin.

B. 741. Nr. 14.560. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhmachers Wilhelm Merklin.

Vermögensabsonderungen. B. 762. Nr. 4304. Mosbach. Mit Klage vom 29. v. Mts. hat die Ehefrau des Franz Bau, Magdalena, geb. Ulrich von Waldstetten.

B. 699. Karlsruhe. Theresia, geborne Buchmüller, geachtliche Hrb., und Jakob Baader von Kirrlach.

B. 688. Philippsburg. Theresia, geborne Buchmüller, geachtliche Hrb., und Jakob Baader von Kirrlach.

B. 696.2. Nr. 979. Bonndorf. Holzversteigerung. Aus den Domänenwaldungen des Forstbezirks Bonndorf.

B. 723. Nr. 15.569. Heidelberg. Das Großh. Amtsgericht Heidelberg hat heute verfügt:

B. 723. Nr. 15.569. Heidelberg. Das Großh. Amtsgericht Heidelberg hat heute verfügt:

B. 723. Nr. 15.569. Heidelberg. Das Großh. Amtsgericht Heidelberg hat heute verfügt:

B. 723. Nr. 15.569. Heidelberg. Das Großh. Amtsgericht Heidelberg hat heute verfügt:

B. 723. Nr. 15.569. Heidelberg. Das Großh. Amtsgericht Heidelberg hat heute verfügt:

B. 723. Nr. 15.569. Heidelberg. Das Großh. Amtsgericht Heidelberg hat heute verfügt: